

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Diese Zeitung veröffentlicht die des Gemeinderates amtlichen Bekanntmachungen zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Rolsch“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Kühle, Ottendorf-Okrilla.

Abgabe zu den Anzeigenpreisen...
 Die Beiträge für das Jahr 1932...
 Jeder Beitrag wird...
 Einrückung...
 Gesamt-Abgabe...

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
 Der Verkaufspreis wird mit Beginn jedes Monats bekannt gegeben.
 Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst. ungewöhnlicher Änderungen des Zeitlaufes) wird die Zeitung, die die öffentliche Ordnung nicht gefährdet, fortgesetzt.
 Die Redaktion ist in der Lage, alle Anfragen zu beantworten.
 Postfach-Konto Leipzig Nr. 29148.

Nummer 25 Freitag, den 26. Februar 1932 31. Jahrgang

Verlässliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 25. Februar 1932.

Am Dienstag nachm. kam es auf der Radeburgerstraße zwischen einem auf dem Heimweg befindlichen Nationalsozialisten und einigen Sozialdemokraten zu einer Schlägerei, wobei der NSDAP-Angehörige erhebliche Gesichtsverletzungen erlitt und sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Grund der Schlägerei ist der gewesen, daß einer der Sozialdemokraten den Nationalsozialisten angepöbelte hatte.

Der Gemeinderat hat uns zur Bekanntgabe für die beteiligten Kreise aus einem Urteile des Obergerichtes folgendes mitgeteilt: „Unzulässige Nebenbetriebe“ der Landwirtschaft. Grundtätigkeit ist die sächsische Oberlandesgerichte. Segen sieben Landwirte in Limmritz, Strohhausen, Schweta und Großbachwitz (mit Hauptmännlichkeit Döbeln) war ein Straßverfahren wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung und das sächsische Schlachtenergesetz eingeleitet worden unter der Beschuldigung durch Schlachten mehrerer Schweine, die sie selbst gegart oder selbst gegart hätten, und durch Versenden des genannten Fleisches und der daraus hergestellten Waren unmittelbar an die Verbraucher ein fremdes Gewerbe begonnen und das Vieh zu Schlachten gemerkmäßig betrieben zu haben, ohne dazu die behördliche Genehmigung zu besitzen und der Steuerpflicht genügt zu haben.

Das Landgericht hat alle Angeklagten freigesprochen, weil die Versendung der selbstgeschlachteten Schweine in keinem Falle über den Rahmen einer landwirtschaftlichen Nebenbetriebs hinausgegangen und die Vieh zu Schlachten auch nicht gemerkmäßig im Sinne des Schlachtenergesetzes betrieben worden seien. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin hat das sächsische Oberlandesgericht (2. Strafsenat) das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. Der Auffassung des Landgerichts, die in einem Urteil des Obergerichtes vom Jahre 1928 eine Stütze findet, vermag der erkennende Senat, der dabei allerdings zum Teil von der Rechtsmeinung des 1. Strafsenats abweicht, nicht beizutreten. Nach der im Schrifttum und in der Rechtsprechung herrschenden Auffassung stellt der Betrieb der Landwirtschaft als solcher allerdings keinen gewerblichen Betrieb dar. Das eigene Schlachten von Vieh zum Zwecke gewinnbringender Veräußerung des gewonnenen Fleisches kann aber, weil an sich der Landwirtschaft fremd, im allgemeinen nicht als gewerblicher Nebenbetrieb der Landwirtschaft angesehen werden. Das Schlachten zu diesem Zwecke ist vielmehr Sache des Fleischergewerbes. Geschließt es durch den Landwirt selbst, so kann es ausnahmsweise, und zwar nur dann als gewerblicher Nebenbetrieb der Landwirtschaft angesehen werden, wenn außergewöhnliche, mit der Züchtung und Wäschung des Viehes unmittelbar zusammenhängende Umstände dieser Art die Verwertung an Stelle des üblichen Verkaufes des lebenden Viehes notwendig machen, wenn also z. B. eine Nachschaltung erforderlich ist oder wenn ein Stück Vieh zwecks Verhinderung der Verbreitung einer Seuche geschlachtet werden muß. Die in der allgemeinen Marktfrage begründete Möglichkeit, das Vieh auf diese Weise nachzubringen oder zu verkaufen, als durch Lebensverkauf, kann als ein solcher besonderer Umstand nicht angesehen werden.

Ostersonntagsrückfahrkarten vom 23. März bis 4. April.
 Wie die Pressestelle der Reichsbahn mitteilt, wird die Reichsbahn im Hinblick auf die günstigen Erfahrungen in der Weihnachtzeit auch zu Ostern Sonntagsrückfahrkarten mit verlängerter Geltungsdauer ausgeben. Die Karten sollen vom Mittwoch, dem 23. März, bis Montag, dem 4. April, Gültigkeit haben. Außerdem wird Vorbezug getroffen werden, daß zur Erleichterung des Reiseverkehrs in noch stärkerem Maße als zu Weihnachten nach allen beliebigen Reisezielen Karten ausgegeben werden.

Trauerfeier im Dom.
 Dresden. In der evangelischen Domkirche fand ein Trauergottesdienst für den heimgegangenen König Friedrich August statt, bei dem Landesbischof D. Ihmels die Gedächtnispredigt hielt. Abends veranstalteten der Stahlhelm und die Deutschnationale Volkspartei im Gewerbehause eine gemeinsame von künstlerischen Darbietungen umrahmte Gedenkfeier; Ansprachen hielten Hauptmann a. D. Hauße und Schriftsteller Gargisch.

Sechs Sarakani-Elefanten Opfer des Antwerpener Brandes.
 Dresden. Bekanntlich waren infolge des verheerenden Brandes, der den Zirkus Sarakani bei seinem Gastspiel in Antwerpen heimlichete, drei Elefanten eingegangen. Wie jetzt gemeldet wird, sind inzwischen von den beim Brand

verriegelten Tieren weitere zwei entgangen. Ein letzter Elefant, der an den Vorderbeinen schwere Brandwunden erlitten hatte, mußte getötet werden.

Dresden. Es wird gespart. Die Städtische Sparkasse erzielte im Januar 1932 einen Einzahlungsüberschuß von mehr als 600 000 RM. Die Einzahlungen betragen rund 3 Millionen Reichsmark, denen 2,4 Millionen Reichsmark Auszahlungen gegenüberstanden.

Gewerkschaften und Preisbildung.
 Dresden. Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände sprachen erneut bei Oberbürgermeister Dr. Kütz vor. Sie überreichten eine Eingabe, in der festgestellt wird, daß Löhne und Gehälter seit Anfang 1931 um 25 Prozent gekürzt worden seien, dagegen habe der von der Reichsregierung eingeleitete Preisabbau eine Preislenkung von nur 4,5 Prozent gebracht. In der Eingabe wird u. a. angeführt, daß von der Reichsregierung bisher auf verschiedenen Gebieten in der Preislenkungsfrage noch nicht genügend getan worden sei. Es werden verschiedene Vorschläge zu einer wirklichen Preislenkung vorgebracht, die der Rat bei den zuständigen Reichsstellen vertreten soll.

Dresden. Anklageerhebung. Im Diebstahlsfall bei der Straßenbahn ist jetzt Anklage erhoben worden. Der Prozeß dürfte wahrscheinlich im April zur Verhandlung kommen. Der Hauptangeklagte Reichert befindet sich in Haft.

Bauen. Heimatforschung. In der Gesellschaft für Vorgeschichte und Geschichte der Oberlausitz legte Dr. Frenzel, der von den sächsischen Ministerien mit der Förderung der Heimatforschung beauftragt ist, einen Bericht über die Funde während der leistungswichtigen Schönwetterperiode dieses Jahres vor. Daraus geht hervor, daß in dieser kurzen Zeit 56 Fundmeldungen eingingen und 1720 gute Fundstücke gesichert werden konnten. Es befinden sich darunter praktisch alle und wissenschaftlich sehr wichtige Vorfunde. Alle Kreise der Bevölkerung beteiligten sich lebhaft an diesen Arbeiten.

Zittau. Bürgermeister suspendiert. Durch Verfügung der Amtshauptmannschaft ist der Bürgermeister von Zittau, Max Kühnel, vom Amt suspendiert worden. Ihm wird Untreue in einer Kreditangelegenheit zum Vorwurf gemacht. Die gerichtliche Untersuchung dürfte die Angelegenheit klären.

Freiberg. Schwerees Autounglück. In Hohenanne kam ein Lastkraftwagen an Mühlberg infolge des Blatteeises ins Schleudern und stürzte in den Mühlgraben. Dabei erlitt der Beifahrer Hugo Starke aus Freiberg, der zwischen der Wagenladung gefassen hatte, tödliche Verletzungen. Der Fahrer des Wagens kam mit einem Nervenschock davon. Ein weiterer Begleiter blieb unverletzt.

Treßen (Mulde). Bürgermeister überfallen. Der Bürgermeister von Seelingstädt hatte Unterstützungsgelder in Höhe von etwas über 400 RM geholt. Auf dem Weg nach seiner Wohnung wurde er von zwei Nachfahrern überholt, die ihm Pfeffer in die Augen warfen und ihn in den Graben stürzten. Dabei wurde ihm die Aktentasche mit dem Geld entrisen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Leipzig. Fleischvergiftung. In der Kammer einer Großbuchhandlung erkrankten nach dem Genuß von Weißfleisch etwa vierzig Personen. Die Gesundheitspolizei ist mit der Untersuchung beschäftigt.

Mitau. Flammentod. Die in der Lambziger Straße wohnende 81 Jahre alte Witwe Emilie Hofmann hatte sich in der Küche zu nahe an den Ofen gesetzt, wobei die Kleider Feuer fingen. Ein im gegenüberliegenden Haus wohnender sah die Frau, einer lebenden Fratze gleich, in der Küche umherlaufen und schlug Alarm. Als man in die Wohnung einbrang, hatte die Frau schon so schwere Brandwunden erlitten, daß jede Hilfe zu spät kam.

Bärenstein (Erzgeb.). Fünf Einwohner von Steinbach, die auf Kraftfahrzeugen einen Feintner hochprozentigen Tabak einschmuggeln wollten, wurden von Zollbeamten gestellt und festgenommen. Der Tabak wurde beschlagnahmt und die Fahrzeuge sichergestellt.

Wühlitz. Hier kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Grenzbeamten und Tabaksmugglern, von denen vier festgenommen wurden.

Zeitz. Postauto gegen Viehwagen. Auf der Provinzialstraße in Dorfslage Drischwitz wurde ein Viehwagen von einem Postauto beim Überholen gestreift und zur Seite geschleudert; dadurch verlor der Kraftwagenführer die Gewalt über das Steuer, das Auto fuhr, den Viehwagen vor sich herdrückend, in den Straßengraben und begrub Pferd und Wagen unter sich. Das Pferd wurde darauf zugetötet, daß es abgeflochten werden mußte. Der Gefährte lag in großem Bogen vom Bod und erlag dadurch dem Zerquetschungstode. Mit erheblichen Verletzungen mußte der Verunfallte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Bernsdorf. Kesselexplosion. Im Zweigwerk Banne der A.G. für Glasfabrikation explodierte der Kessel des Gasometers mit einem ungeheuren Knall. Der Kessel wurde über Haushöhe in die Luft geschleudert. Zahlreiche Fenster in den umliegenden Häusern zerprangen; der Sachschaden ist beträchtlich. Menschen wurden nicht verletzt.

Sächsischer Arbeitsmarkt.
 Noch immer steigt die Zahl der Arbeitslosen. Am 15. Februar 1932 wurde der Stand von 714 534 erreicht, der 22,6 v. H. über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres liegt. Es ist noch ungewiß, ob diese Zahl den diesjährigen winterrlichen Höchststand bedeuten wird.
 Verschiedene Arbeitsämter berichten über zahlreiche Aussteuerungen von Hauptunterstützungsempfängern aus der Arbeitslosenversicherung, so daß im ganzen die Bewegung in der Arbeitslosenversicherung vom 31. Januar bis 15. Februar 1932 trotz Zuganges in anderen Bezirken leicht rückläufig ist. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung sank von 186 825 auf 186 362, also um 463 oder 0,2 v. H. Es wurden jedoch vorwiegend nur die männlichen Personen von diesem Rückgang betroffen, während die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger insgesamt um 1679 oder 2,7 v. H. in die Höhe gegangen ist. In der Krisenunterstützung vollzog sich die Gesamtänderung von 175 932 auf 177 959, also um rund 2000 oder 1,1 v. H.

Gegen neue Gehaltsstärzungen.
 Dresden, 24. Februar.
 Der Landesverband der höheren Beamten Sachsens will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Reichsregierung in Fortführung ihrer „Deflationspolitik“ für Ende März eine neue Gehaltsstärzung durch Rotverordnung plane, der im Laufe des Sommers noch weitere folgen sollen. Demgegenüber erklärt die höhere Beamtenschaft Sachsens mit aller Entschiedenheit, daß sie einer weiteren Herabziehung ihrer Bezüge den allerhöchsten Widerstand entgegenstellen werde. Schon die bisherigen Einkommensminderungen hätten eine Verschuldung und Bereinigung für viele Kreise der Beamtenschaft zur Folge gehabt. Eine weitere Herabziehung der Löhne müsse zu unübersehbaren Auswirkungen führen. Die höhere Beamtenschaft vertraue darauf, daß eine einheitliche Abwehrfront aller Beteiligten stark genug sein werde, die Absichten einer weiteren Gehaltsstärzung zu vereiteln.

Der Kampf um weitere Mietlenkung.
 Vom Bund Deutscher Mietervereine wird mitgeteilt: Die Reichsorganisation der Mieter, Bund Deutscher Mietervereine, hat an den Reichstag und die Reichsregierung eine Entschließung gerichtet, in der weitere Senkung der Mieten, Beseitigung aller Sonderzuschläge zur Miete, Mietrückzahlung für alle Wohn- und Gewerberäume, in einem sozialen Mietrecht, gerechte Erlösung der Inflationsgewinne des Haushaltes in der Hauszinssteuer und Vermeidung der Hauszinssteuer für die Arbeitsbeschaffung zur Förderung einer gesunden Wohnungswirtschaft gefordert werden.
 Um dem Reichstag und der Reichsregierung zu zeigen, daß die Mieterchaft hinter diesen Forderungen wirklich steht, hat die Bundesleitung unter abschließlicher Ausschaltung von Großstädten, mit Ausnahme der Stadt Dresden als Verband, eine Unterschriftensammlung unter den Wahlberechtigten von 27 Gemeinden in den verbleibenden Reichsteilen veranstaltet, die innerhalb zehn Tagen 511 557 Unterschriften erbrachte.

Eingekandt.
 „Hindenburg-Brüning oder Hitler“ lautet die Parole für den Wahlkampf. Die Fronten zeichnen sich täglich schärfer ab. Auf der einen Seite das heutige System in seiner bewiesenen Unfähigkeit mit einem, Greis Hindenburg als Reichspräsidenten und auf der anderen Seite das „neue Deutschland mit seinem Führer Adolf Hitler, dem kommenden Präsidenten des deutschen Reiches.“
 Den Segen der Regierung Hindenburg-Brüning hat ein Jeder erfahren und nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft, die heute in händlicher Unterwürfigkeit ihren Bongen und Verderbern nachläßt, welche aus Angst um ihre Posten und „wohl erworbenen Rechte“ die Brüning-Diktatur stützen. Zu demselben unfaulernen Zwecke soll diese Arbeiterschaft jetzt dem Hindenburg die Stimme geben, den sie vor sieben Jahren nicht genug in den Schmutz ziehen konnten. Habt acht! Man wird sich das reichlich überlegen müssen.
 Der Weg ist klar vorgezeichnet und führt zum Siege des neuen Deutschlands. Nur Hitler die Stimme eines jeden Deutschen, dem das Wohl des Volkes das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt.
 Pg. Brock spricht darüber in öffentlicher Versammlung am Freitag, den 26. Februar im Gasthof zum Fisch. Er steigt in Massen! NSDAP, Ottendorf-Okrilla.